

Politik III/10

Hannover, 23. Januar 1948

### Widersinnige Musterung

-02- Das "Speisekammergesetz", eine Bestimmung innerhalb des an sich verächtlichen Erfassungsgesetzes, knüpft eine Musterung der Lebensmittelbestände jedes Haushaltes der Bizonen an. Um es vorwegzunehmen: so ungefähr jeder Haushaltungsvorstand wird voraussichtlich meinteilig werden, da selbstverständlich jeder sich irgendetwas beschaffen musste, um sich und seine Familie am Leben zu erhalten. Es ist nachgerade ein Gemeinplatz, festzustellen, dass man weder mit 1200 noch mit 1500 Kalorien auf die Dauer vegetieren kann.

Die angekündigte Absicht, auch in die leeren Speisekammern der Normalverbraucher hineinleuchten zu wollen, ist das offizielle Eingeständnis der Hilflosigkeit der Regierungen und ihrer Beauftragten. Das Widersinnige des Vorhabens wird noch ersichtlicher, wenn man bedenkt, dass gerade auch die anerkannt Hilfsbedürftigen, die Normalverbraucher, einer strengen Musterung ihrer Vorräte unterzogen werden sollen. Es ist absolut zu begrüssen, dass man endlich alle landwirtschaftlichen deutschen Erzeugnisse auch mit praktischen Mitteln erfassen will. Der innerdeutsche Ausgleich funktioniert nicht, auf Grund der bisher angewandten fehlerhaften Erfassungssysteme stehen die errechneten Vorräte nicht zur Verfügung. Sie desalb aber gerade bei dem Normalverbraucher zu vermuten, der sie am schmerzlichsten vermisst, ist absurd. Sollte man ernsthaft von dem Erfolg des geplanten Österreichens überzeugt sein, wäre die Aktion eigentlich überflüssig, denn die Lebensmittel befinden sich bereits an dem Platz, an dem sie gebracht werden sollten.

Man hat in den bald drei Nachkriegsjahren viele Erfassungssysteme durchprobiert - mit permanentem Misserfolg. Nunmehr sollen zwanzig Millionen Haushalte geprüft werden. Das wird schon technisch nicht möglich sein. In der Zeit der Leuchtleute, der Block- und Zellenwarte hätte man vielleicht einen organisatorischen Erfolg erwarten dürfen. Für eine junge Demokratie wäre ein solches Verfahren aber untragbar. Sie ist ohnehin mit so vielen Hypotheken belastet, dass man sich vor jeder weiteren Diffamierung peinlichst hüten muss.

23. Januar 1948

Es ist die Vermutung ausgesprochen worden, diese Massnahme sei von amerikanischer Seite angeregt, um in Senat ein besseres O.Kr für den Marshallplan zu bekommen. Der Vorwurf, die Deutschen taten zu wenig, um sich selbst zu helfen, könne auf die vorgeschlagene Weise unterstützt werden. Das klingt wenig überzeugend, denn auch ein amerikanischer Senator, der naturgemäss den Dingen fernher steht, dürfte sich sagen, dass Erfassungsversuche bei den Notleidenden absurd sind. Eher wird die Annahme zutreffen, dass deutsche politische Kreise dahinterstecken, die glauben, mit diesen Methoden den Zugriff bei den wirklich ergiebigen Stellen, den Produzenten und den Händlern, etwas lockern und die Aufmerksamkeit von den wirklich Schuldigen ablenken zu können.

Den Spielern unter den formalen Normalverbrauchern wird es nicht schwer fallen, Auswege zu finden, um ihre gehorteten Waren sicherzustellen. Die Kleinen aber, die Unerfahrenen, die Ehrlichen, die Armen und die Anständigen werden in Unruhe und Unsicherheit versetzt und ihr Misstrauen gegenüber den Behörden wird sich erhöhen. Es war eine Anordnung der Besatzungsbehörden, die den Gefängnisinsassen höhere Rationen gab - damit wurde offiziell die zusätzliche Beschaffung von Lebensmitteln, die für diese Gruppe von Menschen ja nun wirklich unmöglich ist, für normal erklärt. Man hat weder die Exekutivorgane, noch überhaupt eine Macht, den Selbsterhaltungswillen der Normalverbraucher unteramtliche Kontrolle zu nehmen. Man hat aber die Möglichkeit, dem kleineren Teil des Volkes, der an der Quelle sitzt, genau auf die Finger zu sehen - und das sollte man endlich ohne Zögern tun.

#### Weniger Teilnehmer, mehr Reben

Erst jetzt wird bekannt, dass die sogenannte zweite Berliner Konferenz des kommunistischen Volkskongresses ein völliges Fiasco war. Während auf der ersten Konferenz noch 1500 Teilnehmer anwesend waren, hatte die zweite Konferenz nur noch 300 Teilnehmer, was den Vorsitzenden Liedtke/SEP zu einer längeren Entschuldigungsrede veranlasste. (b/Bl/221/2/he)

#### Volkskongress mit Parteimitgliedschaft unvereinbar

Dr. Konstantin Prizel, der sich am Volkskongress in Bremen beteiligt hat, ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht mehr Mitglied der SPD, sondern gleichzeitig mit der Teilnahme am Volkskongress ausgetreten, um dem Ausschluss zuvorzukommen. (b/Bl/221/2/ho)

#### Kein Vertrauen mehr zu SED-Betriebsräten

Die diesjährigen Betriebsräteahlen im Kreise Hagenow/Vockenburg zeigen ein bemerkenswert starkes Absinken des SED-Einflusses in den Betrieben. Während 1946 noch 88% der Stimmen für SED-Betriebsräte abgegeben wurden, erhielten diese bei den diesjährigen Wahlen nur noch 45%. An die Stelle der SED-Betriebsräte sind vorwiegend Parteilose getreten. Aber auch die CDU und LDP haben von der Niederlage der SED stark profitiert.

### Gottwall auf dem Sprunge

Von einem ständigen Mitarbeiter in der Tschechoslowakei.

"Die unsterbliche Seele eines jeden von uns, unser innerstes Anliegen, ist die wahre persönliche Freiheit". Jan Masaryk, tschechoslowakischer Außenminister, mag argwöhnisch um sich geblickt haben, als er in der Aula der Brünnener Universität als frisch gebackener Ehren doktor diesen Stosseufzer von sich gab. Denn es wäre immerhin möglich, dass Erinnerungen an die "persönliche Freiheit" selbst ihm, dem Sohn eines grösseren Vaters, im Reiche Gottwalls verübelt werden.

Aber Jan Masaryk kann unbesorgt sein; noch steht die "Nationale Front", wie die Tschechen die Koalition der vier staatsräuberischen Parteien nennen, die Koalition der Kommunisten, der Nationalsozialisten (Benesch-Partei), der Katholischen Volksparteier und der Sozialdemokraten, und es ist ein hart erfochtenes Recht der rechten Flügel der "Nationalen Front", eine eigene Meinung äussern zu dürfen. Freilich hat Gottwall schon von Hebel angesetzt, um die "Nationale Front" aus den Angeln zu heben und an ihre Stelle die unverküllte kommunistische Diktatur zu setzen. Von den Wahlen, die im Mai dieses Jahres stattfinden sollen - das genaue Datum liegt noch nicht fest - erhofft Gottwall ein Resultat, das ähnliche Stosseufzer wie jener Jan Masaryks zum tödlichen Verstummen bringt.

Im einfarbig roten Mosaik des Ostblocks bildet die Tschechoslowakei einen Schönheitsfehler. Zwar ist die kommunistische die stärkste Partei des Landes, bei 1.200.000 eingeschriebenen Mitgliedern erreichte sie 1946 40% aller Wählerstimmen, aber man weiss, dass dieses Wahlergebnis hauptsächlich durch geschickte, vor der Wahl ausgestreute Gerüchte über einen bevorstehenden "Durchmarsch" der Roten Armee von Sachsen nach Österreich zustande kam. Immerhin haben selbst diese 40% zur Gleichschaltung der Tschechei nicht ausgereicht und die Sozialdemokraten haben sich unter Opferung ihres knickweichen Vorsitzenden Pflüger mit Erfolg dagegen gewehrt, den Kommunisten die 16% ihres Wahlanteils zur Erzielung der absoluten Mehrheit zu überlassen. Auf alle Fälle sicherten sich damals die Kommunisten nach dem Posten des Innenministers und damit die Befehlsgewalt über die Polizei, die alsbald zu einem Instrument der kommunistischen Partei umgeformt wurde. Im Kriegsminister Svoboda, dem Befehlshaber der tschechischen Einheiten innerhalb der Roten Armee während des Krieges, haben die Kommunisten einen weiteren Grundstein ihrer Linie, so dass es heute in der Tschechei ausser Führern und Hegern keinen Waffentträger gibt, der nicht kommunistischen Befehlen gehorchen muss. Gegenüber dieser Machtposition erscheinen die Stellungen der übrigen Parteien unbedeutend, ja, es erscheint fast als ein Wunder, dass Gottwall noch nicht soweit ist wie seine Kollegen in Belgrad, Polen, Sofia usw.

Noch ist die Vergangenheit der Tschechen allzu sehr mit dem Westen verknüpft, als dass Gottwall heute schon mit den Methoden Dimitroffs ans Werk gehen könnte. Darum hofft er auf die Wahlen, die ihm die Majorität und damit die Legitimation erbringen sollen, die Opposition zu überrallen. Die Kommunisten eröffneten den Wahlkampf mit einem Brief an alle ihre Mitglieder, in dem sie ihre Partei mit dem Sieg der

parteiliche von "den kritischen und sozialistischen Kräfte" identifizieren, die sich nicht, ein weit geschnittener ideologischer Bogen, mit den ungeliebten "liberalen Konkurrenzschicksalen" konformieren. Sogar der erste Präsident der ersten Republik, T. G. Masaryk, wird von den kommunistischen Streitkräften geschnitten. Er würde sich in Grabe betreiben, wenn er von kommunistischen Propagandaminister Kopecky geküßt hätte, der, unge zu erröten, verkündete, dass die Kommunisten die einzige Partei seien, die die Linie Masaryks getreu verfolgt.

Ob die Tschechen durch die erzwungene Abkehr vom Westen glücklicher werden, ist fraglich. Jan Masaryk selbst hat in seiner Präsidentschaft in Brünn gesagt, die Tschechoslowakei "werfe sich nicht selbst vom Norden, Norden und Süden loslösen, weil das zu einer ernsthaften Senkung ihres Lebensstandards führen würde. Mit dieser Meinung steht der Außenminister bestimmt nicht allein da, ja, er hätte wahrscheinlich die Mehrheit des Landes hinter sich, wenn das unge Bündnis mit Moskau nicht von vornherein eine praktische Verwirklichung der westwärts zielenden Tendenzen - wirtschaftlicher wie ideologischer Natur - unmöglich machen würde.

Wieviel daran England durch die Entsendung eines neuen Gesandten nach Prag wird ändern können, ist heute noch nicht zu sagen. Dixon, der am nächsten sein Beglaubigungsschreiben auf dem Hauptschein abgeben wird und der einer der fähigsten unter den jungen Diplomaten Grossbritanniens gilt, wird in Prag einen Botschafter vorfinden, den sein sowjetrussischer Kollege schon bestellt hat.

#### Finnische Volksdemokratie

(Von unserem Vertreter in Helsinki Dr. Gerh. Meisel)

Helsinki, Mitte Januar

Der Parteisekretär der finnischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Aaro Koskinen trat dieser Tage eine Vortragstournee an. Er eröffnete seinen Vortragzyklus in der schwedischen Stadt Lulea, wo er für die heutige Situation Finnlands höchst aufschlussreiche Ausführungen vor der dortigen politischen Gruppierung "Kameraden von Links" machte.

"Die finnischen Kommunisten, also die Volksdemokraten, erlitten einen schweren Misserfolg bei ihrem Versuche, die Macht in Finnland zu erobern" betonte Koskinen. "Diese Tatsache ist der Hauptgrund der heutigen gesamten Entwicklung in Helsingfors. Finnland darf sich kein Beispiel an der politischen Entfaltung in Polen, Bulgarien, Jugoslawien, Mexiko und in weiteren anderen Ländern unseres Kontinents nehmen!"

Den Hauptteil seiner Ausführungen widmete der sozialdemokratische Parteisekretär einer scharfen Abrechnung mit den finnischen Kommunisten und mit der von diesen verfolgten Politik. "Unsere Kommunisten mussten einsehen, dass sie auf legalen Wege nicht zur Macht kommen. Sie versuchten somit auf dem Wege außerparlamentarischer Aktionen zum Ziele zu kommen. "Sie scheuten somit kein Mittel, durch politischen Stimmensieg grössten Stils an Macht zu gewinnen, sie bedienten sich physischer Gewalt, da alle anderen von ihnen beschrittenen Wege nicht zu den von ihnen gesteckten Ziele führten. In der Stadt Abo versuchten sie zum Beispiel den dortigen sozialdemokratischen Parteivorsitzenden mit den

## Die Schatten von 1848

Berlin, 23. Januar 1948

In Berliner Raum gibt es heute keine Möglichkeit mehr, eine politische Aktion zu veranstalten, ohne dass der Ost-Kommunismus sie für seine mehr einseitigen Zwecke missbraucht. Die Vorbereitung zum 1848-Jubiläum, das ebenso für Frankfurt wie für Berlin gerade heute von beispielgebender Bedeutung ist, hat das aufs neue bewiesen. Berlin, vom Nervenkrieg zwischen den Alliierten in diesen Tagen besonders heftig geschüttelt, wünscht diesen Gedenktag als einen deutschen Gedenktag zu begehen. Die Kommunisten hingegen, die der Revolution von 1848 noch viel ferner stehen als der Weimarer Republik, werfen sich plötzlich mit Euphorie als die legitimen Engel der 1848er auf. Sie suchen die Möglichkeit, auf die Strasse zu gehen, wo immer sie sich findet. Ihr von aussen gespeister Propaganda-Apparat wittert, nunmehr unter der schwarz-rot-goldenen Fahne, eine neue Chance, Terrain zu gewinnen. Die vom Magistrat und der Stadtverwaltung vorgesehene Feierlichkeiten für die hundertjährige Wiederkehr des Revolutionstages sind ihnen zu sachlich. Sie wollen Demonstrationzüge, Transparente, Fahnen und Lärm, in den hinein man den neuen Trommelwirbel von der "Einheit, die allein von der sowjetischen Besatzungsmacht gefördert wird", synchronisieren kann.

Dass am 18. März in Berlin zur Ehre des Tages eine neue "Hochschule für Politik" gegründet werden soll, liegt ihnen nicht, weil sie auf diesem Gebiete ihre kommunistischen Spezialpläne an der einseitig von der Zentralverwaltung der Sowjetzone kontrollierten Universität haben. Wieder erklingt die nun hinlänglich bekannte Klage, dass "das Volk" nicht vertreten sei, wenn nicht Kulturbund, Jugendausschüsse, Frauenausschüsse und was dergleichen "überparteiliche" (lies: getarnt kommunistische) Organisationen mehr sind, dabei sein sollen. Um ihren Absichten mit der parteipolitischen Auswertung des Revolutionsgedenkens aber wenigstens auf anderem Wege nahezukommen, haben sie ihr neues Propaganda-Institut, den "Volkskongress", zu diesem Tage nach Berlin einberufen und sind jetzt schon bemüht, ihm die Würde eines "vorläufigen deutschen Parlaments" usurpatorisch zuzuerkennen.

Besonders in Berlin bleibt zu spüren, wie das Erbe von 1848 nahe daran ist, an politische Hasardeure ausgeliefert zu werden, die der Idee von 1848 in ihrem Namen ungültig den Garaus zu machen gedenken. Die Freiheit war damals nicht weniger als heute die Voraussetzung für die Einheit; denn was die fiktive "Einheit" betrifft, so hat die Diktatur Hitlers sie in viel grösseren Masse bewirkt. Sie wurde zur Farcé, weil sie ihr Fundament, die menschliche und politische Freiheit, zerstörte. Und die kommunistische "Vollendung" von 1848 sieht nicht viel anders aus als die, die der Welt das Chaos von heute beschert hat. Nicht die Einheit um jeden Preis ist die Konsequenz der Gräber von Berlin und des Ethos der Paulskirche, sondern die Einheit in der Freiheit. Damals war Deutschland zudem eine Welt in der Mitte Europas, heute jedoch ist es ein Raum, zerfetzt und zerstückelt, zwischen den riesigen Mächtsphären, die den Weltkampf beherrschen. Die Freiheit der Person hingegen ist das einzig bleibende und nachstrebenswerte Evangelium, das von 1848 in das Jubiläumsjahr 1948 herüberklingt. Nirgends hängt man ihm leidenschaftlicher an als in dem von der ungeheuren Spannung unserer Zeit besonders betroffenen Berlin.

schlimmsten Drohungen in seinem eigenen Hause von seinem politischen Tage abzubringen unter Hinweis darauf, was ihm passieren würde, wenn die Volksdemokraten erst die Macht in ihren Händen haben würden. In den von den Kommunisten geführten Fachverbänden wurde mit eiserner Hand eine weite Diktatur eingeführt, die sich abwechselndster Terrormethoden bedient. Die sozialdemokratische Opposition wurde "abtrünnig" im wahrsten Sinne des Wortes zur Tür hinausgeworfen."

"Im Anfang des Jahres 1947 nahte endlich der Wendepunkt", betonte Gaskinen weiter. "Die finnische Arbeiterschaft sah klar und deutlich ein, dass die Volksdemokraten mit derartigen Methoden die Demokratie zu steuern und zu leiten versuchten. Das Wort "Volksdemokratie" diente lediglich als Deckmantel für das altüberlieferte Programm der Kommunisten von Diktatur und Terror. Die finnische sozialdemokratische Partei hat sich zu keiner Stunde dazu hergegeben, hier einen Kompromiss zu lassen, wenn es galt, die Grundsätze der Menschenwürde nordischer Freiheit und nordischer Demokratie zu verteidigen."

#### 24-stündiger Generalstreik in Bayern

(Eigenbericht) München. - Nach der dritten Ablehnung der Forderungen des Bayerischen Gewerkschaftsbundes durch die bayerische Regierung hatte der Gewerkschaftsbund zu einer demonstrativen Arbeitsruhe in der Zeit vom 2.1. um 0 Uhr bis 24 Uhr aufgerufen. Die Arbeitnehmer in Bayern haben diesem Aufruf der Gewerkschaften in allen Teilen des Landes Folge geleistet. In vielen Orten fanden in den Vormittagstunden ausserordentlich gut besuchte Protestdemonstrationen statt. In München nahmen daran etwa 50. bis 100.000 Menschen teil. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist der Streik völlig ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Gewerkschaften sind Herr der Lage.

Die bayerische Staatsregierung hat den Bayerischen Gewerkschaftsbund ersucht, in Verhandlungen mit ihr einzutreten. Die Gewerkschaften werden diesen Ersuchen nachkommen.

Am Vorabend der Arbeitsniederlegung forderte der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Dr. Josef Müller die Bevölkerung Bayerns über den Rundfunk auf, Ruhe zu bewahren. Der Aufruf schliesst mit den Worten: "Wer in dieser Notstunde arbeitet, dient dem Volke". Ausserdem wurde im Aufruf angekündigt, dass die bayerische Regierung sich in der nächsten Landtagssitzung mit der allgemeinen Lage beschäftigen werde.

Der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Walther von Knöringen, hat folgende Erklärung abgegeben:

"Der SPD-Landesverband Bayern stellt auch hier die Forderungen des Bayerischen Gewerkschaftsbundes. Er erwartet von der Regierung, dass sie die positive Stellung nimmt. Die SPD fordert von der Regierung energisches Durchgreifen im Sinne der von Landesausschuss der SPD, Landesverband Bayern, am Sonnabend den 18. Januar angenommenen Entschliessung." (tju/B59/231/che)

Verantwortlich: Peter Raunau